



## **13. Newsletter Grüne Umwelt-, Bau- und Verkehrspolitik für Bremen, 26.10.2009**

---

### **Aktuelles**

*1. Tempo 30 in Bremen!?* In der letzten Bürgerschaft diskutierten die Fraktionen über Fragen des Tempolimits in Bremen. In der Debatte äußerte sich Maike Schaefer: „In einem der Zeitungszitate von Herrn Sieling heißt es ‚Lärm muss bekämpft werden, dort wo er entsteht.‘ Heißt, wenn der Verkehrslärm die Ursache ist, muss man auch am Verkehr ansetzen“, so Maike Schaefer in der Debatte. Sie verwies darauf, dass die meisten Schutzmaßnahmen wie Lärmschutzwände oder Flüsterasphalt angesichts der Haushaltslage nicht bezahlbar sind. „Was kann man stattdessen tun? Das was andere Städte auch machen. Es gibt viele Städte, an deren Autobahnen Sie inzwischen Schilder finden, auf denen aufgrund von Lärmschutz Geschwindigkeitsbegrenzungen eingeführt wurden, und besonders nächtliche Temporeduzierungen zwischen 22 und 6 Uhr. Eine Temporeduzierung in unmittelbarer Nähe zu Wohnbebauung, zum Beispiel auf 80 km/h nachts, würde den Lärm halbieren! Das würde den betroffenen Menschen helfen und nicht nur Larifari-Forderungen, von denen wir vorher entweder wissen, wir können sie nicht bezahlen, oder sie tun nicht weh, weil es irgendwelche bürokratischen Aufforderungen sind, die irgendwann vielleicht mal abgearbeitet sind, ohne dass bis dahin vor Ort sich was getan hat.“ Maike Schaefer fasste am Ende ihrer Rede zusammen: „Für uns Grüne gehört zu einer modernen urbanen Stadt, dass Mobilität und Wohnen nebeneinander existieren. Wir wollen, dass Menschen weiterhin in Bremen leben möchten und dazu gehört effektiver Lärmschutz. Bremen hat kein Geld? Tempolimits sind kostengünstig, effektiv und schnell umsetzbar. Dies ist Gesundheitsschutz und verbesserte Wohnqualität. Und Menschen, egal wo sie wohnen und egal welchen sozialen Status sie haben – sprich wo sie es sich leisten können zu wohnen –, sie alle haben ein Anrecht auf Gesundheitsschutz, und das heißt auch Lärmschutz.“ Der CDU-Antrag, der Anlass der Debatte war, wurde übrigens abgelehnt.

*2. Stadtgrün Bremen und Bremer Entsorgungsbetriebe zusammenlegen!* Bremen ist reich an Grünflächen, Kleingärten und Parks, die der Bevölkerung Naherholung ermöglichen, die städtische Lebensqualität erhöhen und der Natur Räume zur Entfaltung bieten. Mit einer Großen Anfrage klopften die Koalitionsfraktionen aktuell den Sachstand bei Stadtgrün ab. Karin Mathes schilderte in ihrer Bürgerschaftsrede die dabei entstandene Lage: „Stadtgrün hat für die Aufgabenbereiche aus dem städtischen Haushalt zwischen 14 und 16 Millionen Euro pro Jahr bekommen. Aufgrund der Kürzungen und Rationalisierungen muss jede Mitarbeiterin, jeder Mitarbeiter inzwischen 44 Prozent mehr Fläche bearbeiten. Gleichzeitig ist der Altersdurchschnitt

der in der Grünpflege operativ Tätigen ständig angestiegen. Bei der Kosteneinsparung im operativen Bereich, also bei der Grün -und Baumpflege, ist das Ende der Fahnenstange erreicht!“ Karin Mathes hob die weiteren Folgen hervor: „Es wurden mehr Anlagen in der Pflegeintensität abgesenkt als angehoben. Letztlich hat sich die Qualität der Grünflächen verschlechtert. Weiterhin wurde gespart durch das Verschieben von Gehölzarbeiten und damit von Pflegeaufwand und entsprechenden Kosten in die Zukunft. Ein ‚Weiter so‘ geht nicht!“ Sie betonte, dass die rot-grüne Koalition ab 2008 die Zahlungen an den Betrieb erhöht hat und daran arbeitet, den nicht-operativen Bereich zu optimieren. „Die damit zu erzielenden Einsparungen sollten der Grünpflege zugutekommen“, forderte Karin Mathes. „Wir wollen – und das ist der richtige Weg – Stadtgrün mit den Bremer Entsorgungsbetrieben fusionieren.“ Die Zusammenführung der Verwaltungen beider Betriebe spare, wie ein Gutachten zeigt, fast drei Millionen Euro. „Die Trendwende ist eingeleitet“, zieht Mathes das Fazit, „und trotz angespannter Haushaltslage wollen wir Grünen die Grünversorgung durch Optimierung der Betriebsstrukturen verbessern.“

**3. Radfahrstreifen im Stern beibehalten!** Die Grünen lehnen Überlegungen des Amtes für Straßen und Verkehr ab, den Radfahrstreifen im Stern beim angedachten Umbau zu entfernen. Dazu erklärt die baupolitische Sprecherin Karin Krusche: "Wir sind gegen Pläne, die Radfahrer benachteiligen. Ohne farblich abgesetzten Radfahrstreifen glauben Autofahrer womöglich, dass der Kreisel ihnen allein gehört. Das könnte dazu führen, dass sie weniger Rücksicht auf Radfahrer nehmen. Für Radler ist der Stern derzeit leicht zu bewältigen. Dabei soll es auch bleiben. Wir verfolgen eine Politik, die vom schwächeren Verkehrsteilnehmer aus gedacht ist und nachhaltiger Mobilität den Vorzug gibt."

## **Bürgerschaft, Deputationen und Senat**

**1. Erhalt der Osterholzer Feldmark nun auch formal beschlossen!** Die Osterholzer Feldmark wurde von der großen Koalition als Wohnbaugesamtgebiet ausgewiesen. Ein langer Kampf der Grünen und der Bevölkerung dagegen, der sich auch durch lange Gerichtsverfahren zog, führt nun mit Regierungsbeteiligung der Grünen zu einem guten Ende: Die letzte Stadtbürgerschaft beschloss nun das „Ortsgesetz über die Aufhebung der förmlichen Festlegung eines städtebaulichen Entwicklungsbereichs ‚Osterholzer Feldmark‘ vom 30. März 1999“. Dazu Karin Krusche: „Über den Schlussstrich unter ein von Beginn an falsches und überdimensioniertes Bauprojekt mit geplanten 1.800 Wohneinheiten freuen wir Grünen uns sehr. Umso mehr, als eine wertvolle Kulturlandschaft erhalten bleibt.“ Sie betonte, dass die Stadt zwar eine nicht unerhebliche Summe Geldes für die Entwicklung der Osterholzer Feldmark als Wohngebiet ausgegeben hat, „gleichwohl stehen wir in der Verantwortung, abzuwägen zwischen den bisherigen finanziellen Aufwendungen, die aus grüner Sicht überhaupt nicht hätten getätigt werden müssen, und der Frage, an welchen Orten der Stadt wir künftig welchen Wohnungsbau brauchen.“ Der Schluss, zu dem die Grünen kommen: Dieses geplante Wohnbauprojekt war von Beginn an zu groß angelegt, am tatsächlichen Bedarf vorbei geplant, und vor allem hätte es einen großen Verlust von Landschaftsraum bedeutet, Landwirte ihrer Existenz beraubt, und auch ökonomisch wäre es ebenfalls völlig unverantwortlich gewesen. „Wir brauchen keine riesigen Ein- und Zweifamilienhausgebiete mehr in Bremen. Die rot-grüne Koalition hat sich zum

Ziel gesetzt, die Stadt innen zu entwickeln“, stellte Krusche fest. „Die Bebauung der Osterholzer Feldmark war die falsche Marschrichtung. Und die beenden wir heute.“

**2. Projekt zur Stärkung des umweltbewussten Handelns bewilligt!** Die Umweltdeputation hat in ihrer letzten Sitzung Fördergelder in Höhe von 18.500 Euro für ein Projekt der Bremer Umwelt Beratung bewilligt, mit dem das Umweltbewusstsein von Menschen aus benachteiligten Schichten mit und ohne Migrationshintergrund gestärkt werden soll. „Das Umweltbewusstsein ist zwar insgesamt hoch, aber nicht in allen Bevölkerungsgruppen erfolgt verantwortungsbewusstes Handeln gleichermaßen. Um beim Umweltschutz erfolgreich zu sein, müssen alle an einem Strang ziehen. Bisher werden Menschen aus benachteiligten Schichten von der Umweltberatung nur unzureichend angesprochen. Das wollen wir mit speziellen Angeboten verbessern. Gerade weil die Privathaushalte erheblich für den Ressourcenverbrauch verantwortlich sind, müssen auch alle zielgenau informiert werden. Energiesparmaßnahmen nutzen nicht nur der Umwelt, sondern gerade auch Menschen mit geringem Einkommen. Das muss deutlich gemacht werden -- beispielsweise auch über mehrsprachiges Informationsmaterial“, erläutert Karin Mathes. Die Pressemitteilung zu diesem Thema findet sich hier:

[http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/306/306543.projekt\\_zur\\_staerkung\\_des\\_umweltbewusste.html](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/306/306543.projekt_zur_staerkung_des_umweltbewusste.html)

**3. Schrotträder rechtssicher entfernen und recyceln!** Ebenfalls in der letzten Umweltdeputation wurde der Weg bereitet, damit damit Schrotträder künftig rechtssicher von öffentlichen Fahrradbügeln entfernt werden können. „Insbesondere in Bahnhofsnähe stehen viele Altfahrräder nutzlos herum. Sie verschandeln das Stadtbild. Noch ärgerlicher: Sie blockieren Fahrradständer, die von anderen dringend benötigt werden. Wir wollen jetzt ortsrechtliche Regelungen schaffen, damit diese rostenden Drahtesel zeitnah entfernt und recycelt werden können“, betonte Karin Mathes. Ihre Pressemitteilung unter:

[http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/306/306539.schrottraeder\\_rechtssicher\\_entfernen\\_und.html](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/306/306539.schrottraeder_rechtssicher_entfernen_und.html)

## Termine

**1. AK Energie!** Der nächste Arbeitskreis findet am Mittwoch, den 11. November, um 20 Uhr im grünen Büro an der Schlachte 19/20 (Eingang Ansgaritränkpforte) statt. Genauere Infos finden sich zeitnah unter:

[http://www.gruene-bremen.de/cms/default/dok/299/299467.ak\\_energie.htm](http://www.gruene-bremen.de/cms/default/dok/299/299467.ak_energie.htm)

**2. Fachtag Elektromobilität:** Der BUND Bremen lädt am 10. November von 14 bis 19 Uhr in die Arbeitnehmerkammer Bremen (Bürgerstraße 1) zu einem Fachtag Elektromobilität ein. Thematisch wird es um die Entwicklung und den Einsatz von neuartigen netzstrombasierten Elektrofahrzeugen gehen, um mittelfristig auf Basis erneuerbarer Stromerzeugung eine deutlich höhere Energieeffizienz im Verkehr zu erreichen. Unter welchen Bedingungen all dies geschehen sollte und welche möglichen Risiken dabei zu beachten sind, sollen ebenso im Zentrum der Tagung stehen wie die Frage danach, was Bremen tun könnte und sollte, um E-Mobilität den nötigen Schwung zu verleihen. Weitere Infos und Anmeldung unter:

<http://www.bund-bremen.net/aktuelles/fachtag-elektromobilitaet.php>

## **AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:**



Karin Mathes, umweltpolitische Sprecherin  
[Karin.Mathes@gruene-bremen.de](mailto:Karin.Mathes@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-245)



Maike Schaefer, verkehrs- und energiepolitische Sprecherin  
[maike.schaefer@gruene-bremen.de](mailto:maike.schaefer@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-246)



Karin Krusche, bau- und stadtentwicklungspolitische Sprecherin  
[karin.krusche@gruene-bremen.de](mailto:karin.krusche@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-253)



René Zimmermann, Referent für Umwelt, Energie, Verbraucherschutz,  
Bau, Stadtentwicklung und Verkehr  
[rene.zimmermann@gruene-bremen.de](mailto:rene.zimmermann@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-242)

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:  
<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/umwelt.bremen>

*Hinweis: Für Inhalte externer Links und Publikationen wird keine Haftung übernommen!*